

MONITOR

WAHL- UND SOZIALFORSCHUNG

Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 8. Mai 2022

Endgültiges Ergebnis

Viola Neu/Jochen Roose

- › Die CDU gewinnt die Landtagswahl in Schleswig-Holstein mit großem Vorsprung. Mit 43,4 Prozent erhält sie 34 Mandate und bleibt nur knapp unter der absoluten Mehrheit.
- › Die Wahl wird von wechselbereiten Wählerinnen und Wählern der Mitte entschieden. Davon profitieren vor allem CDU und Grüne. Die Wahlentscheidung wird auf der Basis von landespolitischen Themen getroffen.
- › Die große Zufriedenheit mit dem Ministerpräsidenten Daniel Günther, der Landesregierung und hohen Kompetenzzuschreibungen zugunsten der CDU bestimmen das Ergebnis. Die FDP kann von der Zufriedenheit mit der Landesregierung nicht profitieren.
- › Die SPD verliert deutlich. Es ist ihr schlechtestes Ergebnis in dem Bundesland.
- › Die politischen Ränder sind geschwächt. Die AfD scheitert an der Fünf-Prozent-Hürde, ebenso wie die Linke, die nicht im Landtag war.

Inhaltsverzeichnis

Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein 2022	3
1. Das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein.....	3
2. Wesentliche Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung.....	4
3. Sozialstruktur und Wählerwanderung.....	6
Impressum	8
Die Autorin und der Autor.....	8

Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein 2022

1. Das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein

Die CDU gewinnt die Landtagswahl in Schleswig-Holstein mit einem deutlichen Vorsprung, verfehlt aber die absolute Mehrheit um ein Mandat. Auch die an der Regierung beteiligten Grünen verbessern ihr Ergebnis deutlich und werden zur zweitstärksten Kraft. Die dritte Regierungspartei FDP verliert dagegen Stimmen. Erhebliche Verluste verzeichnet die SPD.

Die **CDU** wird mit 43,4 Prozent deutlich stärkste Kraft und verbessert sich gegenüber der Vorwahl von 2017 um 11,4 Prozentpunkte. 602 Tsd. Wahlberechtigte entscheiden sich für die CDU (+130 Tsd.). Damit zieht die CDU mit insgesamt 34 Mandaten in den Schleswig-Holsteinischen Landtag ein (+9 Mandate). Die CDU gewinnt 32 Direktmandate (+7 Mandate). Das beste Zweitstimmenergebnis erzielt Daniel Günther mit 58,4 Prozent in Eckernförde.

Die **Grünen** erhalten 18,3 Prozent (+5,4 Punkte) und werden damit zweitstärkste Kraft. Es ist ihr bestes Wahlergebnis bei einer Landtagswahl in Schleswig-Holstein. 254 Tsd. entschieden sich für die Grünen, 64 Tsd. mehr als bei der vorhergehenden Wahl 2017. Die Grünen ziehen mit 14 Mandaten in den Landtag ein (+4). 3 Direktmandate gewinnen die Grünen (+3) von der SPD, davon 2 in Kiel und 1 in Lübeck.

Die **SPD** erhält 16,0 Prozent der Stimmen und verliert damit 11,3 Punkte. Es ist ihr schlechtestes Ergebnis in dem Bundesland. 180 Tsd. Wählerstimmen hat die SPD gegenüber der Wahl 2017 verloren und erhält nun 221 Tsd. Stimmen. Die SPD wird mit 12 Mandaten im neuen Landtag vertreten sein (-9). Sie verliert alle ihre Direktmandate (-10). Der Spitzenkandidat Thomas Losse-Müller unterliegt als Direktkandidat Daniel Günther deutlich.

Die **FDP** erhält 6,4 Prozent der Zweitstimmen (-5,1 Punkte), was 89 Tsd. Stimmen entspricht (-80 Tsd.). Sie verliert 4 Mandate und zieht mit 5 Abgeordneten in den Landtag ein.

Der **Südschleswigsche Wählerverband (SSW)** erzielt mit 5,7 Prozent sein bestes Ergebnis seit 1950. Der SSW erhält 79 Tsd. Stimmen (+30 Tsd.). 4 Mandate entfallen auf den SSW (+1 Mandat). Der SSW ist als Vertretung der dänischen und friesischen Minderheit von der Fünf-Prozent-Hürde befreit und war daher auch im Vorgängerparlament vertreten.

Die **AfD** erhält 4,4 Prozent und ist nicht mehr im Landesparlament vertreten. 61 Tsd. Wahlberechtigte geben der AfD ihre Stimme, 26 Tsd. weniger als 2017. Sie verliert ihre 5 Mandate.

Die Linke verfehlt mit 1,7 Prozent und 23 Tsd. Stimmen den Wiedereinzug in den Landtag deutlich. Sie verliert 2,1 Prozentpunkte (-33 Tsd.).

dieBasis erreicht als einzige der sonstigen Parteien ein Ergebnis über 1 Prozent. Sie erhält 1,1 Prozent der Stimmen und qualifiziert sich damit für die staatliche Teilfinanzierung für Parteien.

Die **Wahlbeteiligung** liegt bei 60,3 Prozent und ist damit gegenüber der Wahl von 2017 leicht um 3,9 Prozentpunkte zurückgegangen. Erstmals durften Menschen ab 16 Jahre an der Wahl teilnehmen. Da die Wahlbeteiligung bei jüngeren in der Regel etwas niedriger liegt, könnte dies zur geringeren Gesamtwahlbeteiligung beigetragen haben.

Der Briefwahlanteil beträgt 28 Prozent (eigene Berechnung). Der Wert liegt deutlich über dem Briefwahlanteil von 2017 (17 Prozent), ist aber deutlich geringer als bei anderen Landtagswahlen, die während starker Infektionswellen der Corona-Pandemie stattfanden. Bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 14. März 2021 entschieden sich 66 Prozent für die Briefwahl, in Baden-Württemberg am selben Tag waren es 51 Prozent. Auch bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 lag der Briefwahlanteil in Schleswig-Holstein mit 33 Prozent etwas höher.

2. Wesentliche Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung¹

In einer Reihe von Wahlen zeigt sich ein langfristiger Trend (auch wenn es Ausnahmen gibt), der auch diese Wahl prägt. Wahlen werden in der politischen Mitte gewonnen oder verloren, die politische Mitte wird gestärkt und die Ränder verlieren. Die Wähler der politischen Mitte sind über klassische Lager hinweg wechselbereit, hegen eine emotionale Nähe zu mehreren Parteien und entscheiden jeweils nach dem politischen Angebot vor Ort. So können die Ergebnisse der jeweiligen Parteien sich zwar von Wahl zu Wahl erheblich unterscheiden, doch erklärt sich das über die regionale Situation. Gerade die zwei Landtagswahlen, welche in diesem Jahr mit nur sechs Wochen Differenz in einem vergleichbaren politischen Meinungsklima stattfanden, illustrieren diese Strukturen des Wahlverhaltens deutlich. Im Saarland gewann die SPD, in Schleswig-Holstein die CDU deutlich. Die Parteien der politischen Ränder (AfD und Linke) spielten keine nennenswerte Rolle. Gerade bei der AfD zeigt sich schon lange in Umfragen, dass sie ihre Potenziale nicht mehr erweitern kann. Die Grünen konnten in Schleswig-Holstein deutlich dazugewinnen und im Saarland gelang ihnen nicht der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde. Eine Antwort der Wähler auf die Zerstrittenheit des Landesverbandes der Grünen an der Saar. Auch die Linke bot ein Bild der Uneinigkeit (noch vor ihrer Affäre um sexistisches Verhalten), was zu einem historisch schlechten Ergebnis führte.

Auf der Landesebene spielt die **Personenwahl** eine große Rolle. Dies spiegelt sich häufig im Amtsbonus wider. So sagen 85 Prozent der Wahlberechtigten in Schleswig-Holstein, dass Ministerpräsident Daniel Günther seine Sache gut macht. Das ist der aktuell höchste Wert eines Ministerpräsidenten oder einer Ministerpräsidentin. An zweiter Stelle folgt Reiner Haseloff aus Sachsen-Anhalt mit 82 Prozent. Gleichermaßen bevorzugen 62 Prozent Günther als Ministerpräsidenten. In den Reihen der CDU und der FDP kommt er dabei auf eine Zustimmung von über 80 Prozent, aber auch bei SPD und Grünen sprechen sich jeweils 40 Prozent für den Amtsinhaber aus. Die Kandidatin der Grünen, Monika Heinold (9 Prozent), und der Kandidat der SPD, Thomas Losse-Müller (8 Prozent), werden nur von einer Minderheit in der Ministerpräsidentenpräferenz genannt. Auch in den Eigenschaftsprofilen kann Günther in Fragen von Sympathie, Glaubwürdigkeit und Sachverstand zwischen sich und Heinold sowie Losse-Müller einen erheblichen Abstand legen. Im Vergleich zur Vorwahl konnte Günther als Ministerpräsident das ihm zugeschriebene Eigenschaftsprofil erheblich ausbauen (Forschungsgruppe Wahlen). In der Frage der Zufriedenheit mit der politischen Arbeit erreicht Günther einen Wert von 75 Prozent bei allen Wahlberechtigten. 44 Prozent sind mit der Arbeit von Heinold und 21 Prozent mit der Arbeit von Losse-Müller zufrieden (Infratest dimap).

Trotz des Krieges in der Ukraine sind landespolitische **Themen** für die Wahlentscheidung maßgeblich. Während auf der Bundesebene von 49 Prozent Russland und Ukraine als wichtigstes politisches Problem genannt werden, nennen in Schleswig-Holstein nur 13 Prozent dieses Thema. Das wichtigste Thema im Land ist der Themenbereich Energie, Klima, Umwelt mit 30 Prozent der

Nennungen (Bund: 27 Prozent). Der Themenkomplex Infrastruktur wird von 18 Prozent genannt (Vorwahl 12 Prozent) und bleibt damit wichtig. Deutlich gesunken ist die Bedeutung der Verkehrspolitik, die 30 Prozent 2017 nannten und die 2022 auf einen Wert von 13 Prozent gesunken ist. Auch die Bildungspolitik hat gegenüber 2017 erheblich an Bedeutung eingebüßt. Für 11 Prozent der Wahlberechtigten in Schleswig-Holstein gehört dieser Bereich zu den wichtigsten politischen Themen. 2017 betrug der Vergleichswert 33 Prozent. Außer bei der Energiepolitik, ein klassisches Kompetenzfeld der Grünen, und dem Themenfeld der Sozialen Gerechtigkeit, das traditionell der SPD zugeordnet wird, genießt die CDU eine hohe Kompetenzzuschreibung. Dies gilt insbesondere für den Bereich Wirtschaft (44 Prozent), Corona (42 Prozent) und Verkehr (30 Prozent). Im Bereich Energiepolitik geben 47 Prozent an, die Grünen seien die kompetenteste Partei, und bei der Verkehrspolitik nennen 22 Prozent die Grünen. Die FDP hat ein weniger klar konturiertes Kompetenzprofil. Lediglich in Fragen der Infrastrukturpolitik und der Verkehrspolitik erhalten die Liberalen zweistellige Werte. Selbst im Themenkomplex „Wirtschaft“ fällt mit 5 Prozent der Nennungen ihr inhaltliches Profil eher schwach aus (Forschungsgruppe Wahlen).

Unabhängig von den landespolitischen Themen hat die CDU ein klassisches Profil. Vor allem die sogenannten „Bread and Butter“-Kompetenzen werden ihr zugeschrieben. Hier liegt sie auch deutlich vor den Kompetenzen der anderen Parteien. So trauen 46 Prozent der CDU die Kriminalitätsbekämpfung zu (SPD: 15), 42 Prozent schreiben ihr die Wirtschaftskompetenz zu (SPD: 13), 39 Prozent den Umgang mit der Corona-Pandemie (SPD: 15; Grüne 7) und 37 Prozent Arbeitsmarktkompetenz (SPD: 21). Haushaltskompetenz sehen 33 Prozent bei der CDU und 14 Prozent bei den Grünen. Selbst im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik liegt die CDU mit 30 Prozent vor den Grünen mit 17 Prozent. Ein weiterer Hinweis für das Fehlen bundespolitischer Einflüsse. Lediglich im Bereich der sicheren Energieversorgung liegen CDU und Grüne mit jeweils 29 Prozent gleichauf. In ihrer angestammten Kernkompetenz im Bereich der Klima- und Umweltpolitik liegt das Zutrauen zugunsten der Grünen bei 56 Prozent (CDU: 11). Die SPD erhält auch in dieser Form der Befragung nennenswerte Kompetenz ausschließlich bei der Sozialen Gerechtigkeit (30 Prozent). (Infratest dimap)

Auch mit einer anderen Abfrageart zeichnet sich eine Dominanz eher „grüner“ Themen ab. So bekommen bei Infratest dimap die Themen Klima und Energieversorgung jeweils 16 Prozent der Nennungen. In den Themenschwerpunkten unterscheiden sich die Präferenzen der unterschiedlichen Anhängerschaften deutlich. Für die CDU-Wählenden entscheiden sich 21 Prozent für die Energieversorgung. Allerdings ist die Distanz zu den Themen Arbeit, Gesundheit und Krieg eher gering. Bei denjenigen, die ihre Stimme der SPD gegeben haben, hat kein Themenfeld einen klaren Vorsprung. Anders sieht es in der Grünen-Anhängerschaft aus. Hier ist die Dominanz eines Themas, nämlich der Klimapolitik, mit 56 Prozent im Vergleich mit anderen Anhängerschaften am stärksten. Damit verbindet die Wählerinnen und Wähler der Grünen eine klare inhaltliche Klammer. Eher diffus sind die Einstellungen innerhalb der FDP-Wählerschaft. 22 Prozent nennen Bildung und 18 Prozent Preissteigerungen. Die weiteren Themen kommen auf knapp zweistellige Nennungen. Für 42 Prozent der AfD-Wählenden stehen die Preissteigerungen im Vordergrund. Den Wählerinnen und Wählern des SSW ist mit 24 Prozent die Energieversorgung besonders wichtig.

Regelmäßig zeigt sich bei Wahlen, dass die Partei in der Wahlentscheidung einen Vorsprung hat, der die sogenannte **Zukunftskompetenz** zugeordnet wird. Dies ist auch bei dieser Wahl von großer Bedeutung. So trauen 38 Prozent der CDU zu, die zukünftigen Probleme zu lösen, 13 Prozent sehen diese Kompetenz bei der SPD und 12 Prozent bei den Grünen. Diese Frage ist deshalb von so großer Bedeutung, da dies das Vertrauen in die Parteien ausdrückt, auch die bislang noch unbekannteren Probleme der Zukunft gut lösen zu können.

Wie bereits bei der Themenstruktur sichtbar, kommt der bundespolitischen Situation nur eine geringe Bedeutung zu. 70 Prozent sagen, die Politik im Land sei wichtiger für die Wahlentscheidung als die **Bundespolitik**, die von 26 Prozent genannt wird (Forschungsgruppe Wahlen).

Gleichermaßen spiegelt sich in der Wahlentscheidung eine große **Zufriedenheit** mit der Landespolitik wider. Auf einer Skala von +5 bis -5 kommt die Jamaika-Koalition auf einen Wert von 2,2. 2017 betrug der Wert für die Koalition aus SPD, Grünen und SSW 1,0. In der Bewertung der einzelnen Koalitionspartner erhält die CDU einen Wert von 2,2, die Grünen von 1,4 und die FDP von 1,2 (Forschungsgruppe Wahlen).

Mit einer anderen Messmethode ist die Zufriedenheit mit der Landesregierung von 56 Prozent auf 75 Prozent angestiegen. Außer bei der AfD-Anhängerschaft ist bei allen anderen Parteienanhängerschaften eine absolute Mehrheit mit der Landesregierung zufrieden. Seit dem Jahr 2000 konnte keine Landesregierung auf eine so große Zufriedenheit bauen. Hinzu kommt, dass die Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage in Schleswig-Holstein, verglichen mit den Landtagswahlen seit 2021, mit 69 Prozent überdurchschnittlich hoch ausfällt (Infratest dimap).

Zusammenfassend profitiert die **CDU** von der Zugkraft des Ministerpräsidenten, dem Vertrauen in die Problemlösungskompetenz und der Zufriedenheit mit der geleisteten Arbeit. Die Gewinne der **Grünen** können auf ihre Problemlösungskompetenz in den Bereichen Umwelt/Energie und Klima zurückgeführt werden. Die Verluste der **FDP** können im Gegenzug auf ein eher schwaches Kompetenzprofil zurückgeführt werden. Die **SPD** konnte hingegen weder thematisch noch personell überzeugen. Lediglich im Bereich der Sozialen Gerechtigkeit können die Sozialdemokraten punkten. Protestmotive spielen in der **AfD** für knapp die Hälfte der Anhängerinnen und Anhänger eine Rolle (44 Prozent), aber auch der **SSW** kann von enttäuschten Wählerinnen und Wählern (42 Prozent der SSW-Wählerschaft) profitieren (Infratest dimap). Daten über die Linke liegen keine vor, da sie bereits vor den Verlusten in Schleswig-Holstein nur eine Nebenrolle spielte.

3. Sozialstruktur und Wählerwanderung²

Die **CDU** gewinnt aus allen Richtungen Wählerstimmen. Im Saldo gewinnt die CDU 61 Tsd. Stimmen von der SPD, 47 Tsd. Stimmen von der FDP und je 9 Tsd. von den Grünen und der AfD. Hinzu kommen kleinere Gewinne vom SSW und den anderen Parteien. 19 Tsd. ehemalige Nichtwählerinnen und -wähler haben sich bei dieser Wahl für die CDU entschieden.

Wie bei den meisten Wahlen schneidet die CDU überdurchschnittlich gut bei Älteren ab. Überdurchschnittliche Zugewinne erzielt sie bei Menschen mit niedrigerem und mittlerem formalen Bildungsabschluss und in der Altersgruppe von 45 bis 59 Jahre.

Die **Grünen** verzeichnen ebenfalls im Saldo Gewinne aus mehreren Richtungen. Von der SPD gewinnen die Grünen 37 Tsd. Stimmen, von der FDP 8 Tsd. und von der AfD und den übrigen Parteien zusammen 5 Tsd. Lediglich an die CDU verlieren die Grünen 9 Tsd. Stimmen. 6 Tsd. Stimmen gewinnen die Grünen im Saldo aus dem Nichtwählerlager.

Die Jüngeren entscheiden sich, wie auch in anderen Wahlen, häufiger für die Grünen.

Die **SPD** verzeichnet Verluste in alle Richtungen. Am größten sind die Verluste in Richtung der CDU mit 61 Tsd. Stimmen. An die Grünen gibt die SPD 37 Tsd. Stimmen ab, an den SSW verliert sie 14 Tsd. und 27 Tsd. ehemalige Wählerinnen und Wähler der SPD haben an dieser Wahl nicht teilgenommen.

Die SPD verliert in allen Bevölkerungsgruppen in ähnlicher Größenordnung.

Die **FDP** verliert an die CDU 47 Tsd. Stimmen. An die Grünen gibt die FDP 8 Tsd. Stimmen ab und an das Nichtwählerlager 12 Tsd. Leichte Gewinne erzielt die FDP von der AfD (6 Tsd. Stimmen).

Die FDP schneidet bei Jüngeren etwas besser ab.

Der **SSW** gewinnt vor allem von der SPD (14 Tsd.). Der Austausch mit den anderen Parteien ist gering, aber mit Ausnahme der CDU positiv im Saldo.

Die **AfD** verliert 9 Tsd. Stimmen an die CDU und 6 Tsd. Stimmen an die FDP. 7 Tsd. vormalige Wählerinnen und Wähler der AfD haben dieses Mal nicht an der Wahl teilgenommen.

Nach vorläufigen Schätzungen der Wählerwanderungsstatistik haben sich **Erstwählerinnen und Erstwähler**, die mit dieser Landtagswahl erstmals auch 16- und 17-Jährige umfassen, am häufigsten für die Grünen (18 Tsd.) und die CDU (14 Tsd.) entschieden. Etwas seltener haben sie die FDP (9 Tsd.), die SPD (8 Tsd.) oder andere Parteien (8 Tsd.) gewählt.³

¹ Quellen: Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap. Alle Grafiken und Tabellen, auf denen die Wahlanalyse beruht, werden in einem gesonderten Tabellenanhang im Detail publiziert und sind ebenfalls unter wahlen.kas.de auffindbar.

² Die Daten der Wählerwanderung beziehen sich ausschließlich auf Daten von Infratest dimap. Aufgrund von Abweichungen in den Ergebnissen zur Sozialstruktur der Wählerschaften von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen werden nur vergleichbare Ergebnisse berichtet.

³ Die Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen kommt für die Wahlberechtigten im Alter von 16 bis unter 18 Jahren zu vergleichbaren Ergebnissen. Im Detail wird dies erst nach der Veröffentlichung der repräsentativen Wahlstatistik überprüfbar sein.

Impressum

Die Autorin und der Autor

Dr. Viola Neu ist stellvertretende Leiterin von Analyse und Beratung und leitet die Wahl- und Sozialforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dr. Jochen Roose ist Referent in der Abteilung Wahl- und Sozialforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Viola Neu

Stellvertretende Leiterin Analyse und Beratung
Leiterin Wahl- und Sozialforschung
T +49 30 / 26 996-3506

viola.neu@kas.de

Dr. Jochen Roose

Referent Wahl- und Sozialforschung
T +49 30 / 26 996-3798

jochen.roose@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2022, Berlin

Gestaltung: yellow too Pasiak Horntrich GbR

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).